

Eine erfreuliche Nachricht und eine Posse

Am 19.2.2021 teilte die Europäische Kommission allen Betreiber*innen von Europäischen Bürgerinitiativen (EBI) mit, dass die Frist zur Erreichung der nötigen Unterschriftenzahl und Quoren für alle laufenden EBIs um drei Monate verlängert wird.

Das ist schon die zweite Verlängerung innerhalb weniger Monate, sodass unsere EBI "bedingungslose Grundeinkommen überall in der EU" <https://www.ebi-grundeinkommen.de/> nunmehr bis zum 25. März 2022 Unterschriften sammeln kann. Diese Verlängerung erfolgte ohne Antrag auf eigene Initiative der EU-Kommission; sie begründet ihren Schritt damit, dass während der coronabedingten Beschränkungen das Sammeln von Unterschriften auf Papier erheblich erschwert sei. Das trifft zweifellos zu, auch wenn die Unterstützer*innen der EBI ohnehin darauf gesetzt hatten, den Großteil der Unterschriften elektronisch zu erhalten.

Selbstverständlich gilt diese Entscheidung der EU-Kommission auch für Deutschland und damit auch für Nordrhein-Westfalen. Dort wäre so etwas aus eigenem Recht allerdings nicht möglich, wie es gerade die Volksinitiative "Gesunde Krankenhäuser in NRW - für alle!" <https://gesunde-krankenhaeuser-nrw.de/> erleben muss. Im größten deutschen Bundesland hat der Gesetzgeber das so geregelt, dass auf Papier unterschrieben und das dann amtlich beglaubigt werden muss.

Von der Struktur her sind Europäische Bürgerinitiativen und NRW-Volksinitiativen recht ähnlich. Eine EBI fordert die EU-Kommission zu einer bestimmten Maßnahme auf, eine Volksinitiative den Landtag zur Befassung mit einem bestimmten Thema. Zur (ohne Zutun der Betreiber*innen einer EBI erfolgenden) Validierung der online erfolgten EBI-Unterschriften muss die EU selbstverständlich ebenfalls elektronisch auf die nationalen Melderegister zugreifen. Man muss also annehmen, dass es so etwas auch in NRW schon gibt.

Damit bleibt die Frage, warum NRW selbst darauf keinen Zugriff zu haben scheint oder den nicht nutzen mag. Könnte es daran liegen, dass die Beamt*innen mit dem Nachverfolgen von Coronainfektionen nicht ausreichend ausgelastet sind und händeringend nach anderen Beschäftigungen suchen?